Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Laden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 80 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Kompareszeile 2.50 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 30 Pf.

Nr. 255 | Dresden, Dienstag den 2. November 1920 | 31. Jahrg.

Wie Kommunisten die Erwerbslosennot steigern

Auch ein Beitrag zu den Landtagswahlen

Um zu zeigen, in welch leichtfertiger Weise die Bergarbeiter durch die kommunistischen Wortmacher angelogen und irregeführt werden, um die für uns zur Lebensbedingung gewordene Mehrförderung von Kohlen zu unterbinden, veröffentlichen wir heute einige Stilproben aus Reden in Bergarbeiterversammlungen, die vom sächsischen Arbeitsministerium zu dem Zwecke veranstaltet waren, die Bergarbeiter zum Verfahren einer achten Arbeitsstunde zu bewegen. Wir geben dazu die Richtigstellung der irreführenden Behauptungen und nennen auch Urheber, Zeitpunkt und den Ort, wo sie aufgestellt wurden.

Dresden, den 1. November 1920.

„Es ist eine Infamie, eine freche Lüge, zu behaupten, man könne für Kohlen Lebensmittel einkaufen!" . . . „Es ist ein Verbrechen, wenn sich Arbeitervertreter in den Dienst der Regierung stellen!" . . . „Warum lehnen sich die drei Millionen Gewerkschafter nicht gegen die Entente auf?" (Selbstverständlich kann Deutschland im Welthandel für eine bestimmte Kohlenmenge eine gleichwertige Menge Lebensmittel kaufen. Die sächsischen Minister sind überwiegend von Arbeitern gewählt worden. Eine Auflehnung der Gewerkschafter gegen die Entente würde die Erneuerung der Hungerblockade herbeiführen) . . . „Die Unternehmer geben uns Betriebsräten deshalb soviel Arbeit, damit wir in kurzer Zeit ins Irrenhaus kommen. Damit sabotieren sie uns." (Bisher ist noch nicht bekannt geworden, daß man Betriebsräte ins Irrenhaus gesteckt hätte.) . . . „Man will die Bergarbeiter nur für Spa einfangen. Es ist unerhört, daß die deutschen Bergarbeiter nicht durch einen Sympathiestreik den englischen Bergarbeitern zu Hilfe gekommen sind!" (Die englischen Bergarbeiter haben das überhaupt nicht verlangt.)

(Kramer, Vorsitzender des Betriebsrats v. Erzgeb. Verein Zwickau, Niederplanitz, am 28. Oktober.)

„Arbeiter, die nicht parieren, werden in eine Zwangsjacke gesteckt!" (Wer hat das schon mal gesehen?)

(Bergner, Betriebsrat auf Zeche Vereinsglück, Zwickau, am 28. Oktober.)

„Es ist eine Lüge, daß an der Arbeitslosigkeit der Kohlenmangel die Schuld trägt. Ueber 100 000 Tonnen Kohle werden als Streikbrecherarbeit nach England geschickt!" (Wenn eine Fabrik keine Kohlen hat, kann sie nicht arbeiten lassen. Streikbrecherkohle ist überhaupt nicht nach England geschickt worden.)

(Erwerbslosenrat Schubert, Kommunist, Zwickau, am 28. Oktober.)

„Wir sollen länger arbeiten, dafür gibt man uns dann weniger zu fressen! . . . Das Flugblatt der Regierung ist eine Falle, die klappt man dann zu und wir sitzen drin." (Tatsache ist, daß die Bergarbeiter, wenn sie die achte Stunde verfahren, erheblich besser versorgt werden können und sollen.)

(Kegler, Kommunist, Zwickau, am 28. Oktober.)

„Die deutschen Unternehmer drücken künstlich die Valuta . . . . Wer weiß, ob die Entente die 2 Millionen Tonnen pro Monat überhaupt kriegt, — viele davon gehen nach Bayern, wo man mit Horthy (Ungarn) die Kleine Entente bildet und zu einem Kriege gegen Rußland und Deutschland rüstet." (So viel Sätze, so viel blanker Unsinn!)

(Gärtner, Bezirksleiter der Unionisten, Mitarbeiter des kommunistischen „Kämpfers", Lichtenstein-Callnberg, am 29. Oktober.)

„Es ist unerhört, daß man die jungen Leute zwingt, die Fortbildungsschule zu besuchen! . . . . Wenn wir Forderungen stellen, kommt Noske mit seiner Garde." (Die Kommunisten haben Recht, sich gegen die Fortbildungsschulpflicht zu wehren, denn nichts wirkt ihrem Unsinn besser entgegen als gründliche Schulbildung. Noske hat übrigens das Kommando über seine sogenannte Garde bereits seit sieben Monaten abgegeben, was selbst ein Kommunist wissen sollte.)

(Kommunist Weichel, Hohndorf, am 29. Oktober.)

„Mit der achten Stunde will man den Bergarbeitern die Lohnforderungen erdrosseln." (Tatsache ist, daß sie für die achte Stunde ganz erheblich viel mehr bezahlt bekommen sollen.)

(Winter, in Hohndorf, am 29. Oktober.)

Wie gesagt: Das sind nur einige Stichproben. Diese Leute tragen die Schuld, wenn die Bergarbeiter die Mehrforderung ablehnen und damit zahllose Erwerbslose auch weiterhin dem Elend der Erwerbslosigkeit preisgeben und den Wiederaufbau unsres Wirtschaftslebens verhindern!

Diese Kommunisten bemühen sich auch um Arbeiterstimmen bei den Landtagswahlen. Arbeiter! Ihr seht durch die obigen Stilproben, aus ihren verlogenen Tiraden, wie gemeingefährlich und schädlich das Treiben der kommunistischen Wortführer ist. Ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl suchen sie das Arbeiterelend durch Irreführung der Bergarbeiter zu vergrößern.

Bei den Landtagswahlen kann darauf nur die rechte Antwort für diesen verbrecherischen Wahnwitz sein:

Keine Arbeiterstimme für die kommunistischen Schädlinge!

Ein „Bund der Erneuerung"

Von Wolfgang Schumann

Wer unser öffentliches Leben durchwandert und wer daneben ein Weniges von dem häuslichen, familiären Dasein unserer Zeitgenossen weiß, wird die seltsamsten und beleidigendsten Widersprüche und Unstimmigkeiten gewahren. Jedermann weiß, daß wir arm geworden sind, daß Deutschland seit dem Dreißigjährigen Kriege nicht so heruntergekommen war wie in unserer Epoche. Was wäre danach zu erwarten? Die Antwort darauf kann jeder schlichte Hausvater von besonnener Art geben: Einschränkung, Sparsamkeit, Arbeitsamkeit, Abtun alles Luxus, Bescheidung der Lebensansprüche, Verzicht auf jeden äußeren Schein, Hinlenkung aller Kräfte auf die wahrhaft förderliche Arbeit, ein wohldurchdachter Haushaltplan. Nicht anders dürfte es im öffentlichen Leben aussehen. Aber ein ganz andres Bild tritt uns da entgegen! Von allen Forderungen der Stunde erfüllt unsre Volkswirtschaft nur eine: die Einschränkung. Millionen von Familien leben heute so eingeschränkt, so dürftig, wie man es sich 1914 nicht träumen ließ. Und doch ist selbst dies nicht, obwohl es der Nationalarmut zu entsprechen scheint, das Ergebnis wirtschaftlicher Vernunft und Besinnung, sondern die Frucht furchtbarster Mißwirtschaft, die bis zur Stunde anhält. Wir könnten immerhin etwas mehr Brot, Fett, Zucker, Fleisch, Mehl haben, wenn nur sinnvoll gewirtschaftet würde, und sollten es darum haben! Wir haben es nicht, weil weder sparsam, noch arbeitsam, noch unter Verzicht auf Luxus und Ansprüche und äußeren Schein gewirtschaftet wird, noch die Kräfte klug verteilt werden, noch ein wohldurchdachter Haushaltplan befolgt wird. Unsre Volkswirtschaft ist nicht sparsam: zahllose Betriebe mit übermäßigem, technisch unnötigem Kohlenverbrauch sind täglich im Gange, die nationale Ersparnis wird zum Zwecke der Steuerhinterziehung ins Ausland geworfen oder für Tabak und schlechte und teure Seidenwaren, für Parfümerien und Orangen verschleudert.

Unsre Volkswirtschaft weist keine der Not entsprechende Arbeitsamkeit auf, sondern zeigt das schmerzliche Bild Hunderttausender von Unbeschäftigten; unsre Volkswirtschaft hat den Luxus nicht abgetan, sondern jedes „bessere" Hotel, jede „fashionable" Sommerfrische, jedes neueingerichtete Café prunkt mit demselben Aufwand, der unser Gefühl schon früher beleidigte; nicht sind unsre Ansprüche wahrhaft herabgesetzt, sondern, wo immer es möglich scheint, klammern wir uns an die Vorstellungen von Glanz und Herrlichkeit, wie sie die versunkene Epoche zu ihrer Schande kennzeichneten: und koste es, was es wolle, der Schein des Reichtums wird aufrechterhalten — das ist noch immer der herrschende Geist. Unsre Volkswirtschaft „verteilt" die ihr zur Verfügung stehenden Kräfte überhaupt nicht, sie „verwertet" sie nur nach dem Bedarf des Augenblicks. Denn sie wird als Ganzes nicht gelenkt, kennt als Ganzes keinen „wohldurchdachten Plan", sondern nur das wirre und wilde Durcheinander privater Interessen und Antriebe. So mehrt sich von Monat zu Monat unser Elend, unsre Armut, und es ist eigentlich nur eins zu verwundern: daß wir nicht schon viel elender und heruntergekommener sind — die ungeheure Fülle unsres ehemaligen Reichtums hat uns bislang vor dem Allerärgsten bewahrt. Dennoch ist es hohe, höchste Zeit, der Verarmung, die zugleich unser tägliches Dasein, unsre Gesundheit, unsre Kultur und Moral unterwühlt, Einhalt zu gebieten. Die sozialistische Bewegung nun ist drauf und dran, zu diesem Zwecke die Planwirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Forderungen zu stellen.

Diese allein kann wirksame volkswirtschaftliche Sparsamkeit, Einschränkung, Kräfteverteilung, Organisation verbürgen. Hiergegen erheben sich vielfach gesellschaftstechnische Einwände aller Art; der eine führt an, daß die Planwirtschaft zur Schädigung der Konsumenten, der andre, daß sie zur Stärkung der Unternehmer, der dritte, daß sie zur Lähmung des erfinderischen Fortschrittsgeistes führen müsse; alle dergleichen Einwände können übergangen werden. Viel ernster ist das Bedenken, daß die Planwirtschaft uns nicht wahrhaft fördern wird, wenn sie nicht in einem neuen Geist organisiert und empfangen wird. Es ist ganz klar, daß man sogar von vornherein eine Planwirtschaft den verschiedenen Bedürfnissen einer luxuriösen, verschwenderischen, scheindurstigen und hohlen Oberschicht und einer bitter armen Unterschicht gut und gern anpassen, also eine typisch ausbeuterische Planwirtschaft bewußt schaffen könnte; das wird zwar nicht geschehen in dieser Zeit gewachsenen Einflusses des Proletariats, aber die Tatsache, daß es möglich wäre, weist wie nichts andres darauf hin, daß wir auf den Geist künftiger Volkswirtschaft nachdrücklich einwirken müssen. Umgekehrt: Denken wir uns eine Planwirtschaft, die mit Sparsamkeit und Vereinfachung wirklich bitter Ernst machte — heute noch würde sie auf den Widerstand großer Schichten stoßen, die an hergebrachtem Plunder, Scheinwerk, Genußmitteln usw. hängen und die kommende Entbehrung der neuen Wirtschaft als ihre Schuld anrechnen würden, obwohl sie nur einfache Folge des vorhergegangenen Wahnsinns wäre. Solche Entrüstung könnte schließlich, wenn die breitesten Schichten nicht genügend aufgeklärt würden, wenn gar spekulierende Anhänger der Unternehmerwirtschaft sie schüren würden, das vorzeitige Ende einer organisierten Wirtschaft herbeiführen und damit neues Chaos und Elend heraufbeschwören.

Darum bedarf nicht die Planwirtschaft schlechthin, diese rein wirtschaftstechnische Organisation größten Stils, wohl aber die soziale, die sozialistische Planwirtschaft, die heute allein mögliche Planwirtschaft, allerdings einer geistigen und moralischen Erneuerung, einer innerlich umgestellten, von Verantwortungsernst und klarer Einsicht in unsre Armut getragenen Führerschaft und Verbraucherschaft; unser Volk braucht eine neue

Neueste Telegramme

Zur Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten

Eigene Drahtmeldung

Neuyork, 2. November. Zuverlässige Ergebnisse der Wahl werden erst erhältlich sein, wenn aus den meisten Staaten die Schriftzahlen vorliegen, die des Zeitunterschiedes wegen um Stunden später eingehen. Verzögerungen sind zu erwarten, weil in Staaten mit zahlreicher Negerbevölkerung und in solchen, wo Schneestürme hausen, die Stimmabgabe der Bewohner aufgehalten wird.

Neuyork, 2. November. Der republikanische Kandidat Harding erklärte zu Artikel 10 des Völkerbundvertrags, er könne diesen nur annehmen, wenn eine neue Art internationaler Vereinigung geschaffen werde, die wirksamer und besser organisiert sei als der Wilsonsche Völkerbund.

Der frühere Ernährungsminister Hoover sprach in Kalifornien bei einer Wahlrede über die Frage der Friedensrevision. Nach seiner Meinung würde eine Wiederaufnahme der Versailler Verhandlungen zu Chaos herbeiführen. Um der europäischen Stabilität willen müsse der Vertrag aufrechterhalten bleiben. Die Ratifikation des Friedensvertrags seitens Amerika müsse erfolgen.

London, 2. November. Westminster Gazette meldet, daß in ganz Amerika abgehaltene Probeabstimmungen eine überwältigende Mehrheit zugunsten des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Harding ergeben haben.

Amerika gegen die Blockade des Schwarzen Meeres

Eigene Drahtmeldung

Washington, 2. November. Die Regierung der Vereinigten Staaten lehnt es ab, der Einladung Englands und Frankreichs zur Teilnahme an der Blockade des Schwarzen Meeres gegen Sowjetrußland Folge zu leisten. Admiral Bristol, der sich in Konstantinopel befindet, ist beauftragt worden, festzustellen, auf welchen Veranlassung die Blockade angeordnet worden sei. Das Staatsdepartement erklärt, daß gegen jede Stillegung des amerikanischen Handels mit Rußland Protest eingelegt werden würde.

Ueberwachungsstelle gegen die Steuerflucht

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 2. November. In der Dienstagsitzung des Haushaltausschusses wurde die Postüberwachungsstelle gegen die Steuerflucht erneut ins Leben gerufen. Der Antrag wurde von allen Parteien angenommen. Merkwürdigerweise ist diese Meldung in der Presse bisher nicht erschienen.

Angestelltenstreik im Textilgroßhandel

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 2. November. Die Angestellten im Textilgroßhandel haben gestern abend mit großer Mehrheit den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt und beschlossen, sofort in den Streik zu treten. Heute morgen war die Zahl der Arbeitswilligen sehr gering. Bis zur Stunde läßt sich noch nicht sagen, wie weit eine Schließung der Großhandelsgeschäfte in der Textilbranche eingetreten ist.

Kommunistischer Parteitag

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 2. November. Heute morgen begann der fünfte Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, der die Vorarbeiten für den am 3. Dezember stattfindenden Verschmelzungsparteitag erledigen soll. Man hatte deshalb auch das Zentralkomitee der U. S. P. D. links eingeladen, an den Beratungen teilzunehmen. Unter den Anwesenden vermißte man die russische kommunistische Delegation, die auf Anraten der Parteileitung, nicht öffentlich aufzutreten, sich ferngehalten hat, da angeblich eine behördliche Aktion gegen sie eingeleitet werde.

England und Irland

London, 2. November. Es ist eine Kommission gebildet worden, die, ganz unabhängig von jeder Parteirichtung, sich mit der Ausführung der britischen Verwaltung in Irland und mit der Herbeiführung einer annehmbaren Lösung des Konflikts befassen soll.

London, 2. November. In der vergangenen Nacht wurde ein Polizist, der sein Haus in Tullamore in Irland verließ, durch Schüsse tödlich verletzt. Zur Vergeltung setzten uniformierte Männer das Lichtspielhaus und die Gewerkschaftshalle in Brand und zerstörten Häuser und Läden von Sinnfeinern.

Die Times melden aus Dublin, daß Sinnfeiner im Verlaufe von 24 Stunden 52 Angriffe auf Polizeibeamte unternommen haben. Dabei wurden 16 Polizisten getötet und acht schwer verwundet. Die Anschläge sind von einer Zentralleitung aus angeordnet worden.

Eine Explosion in England

Amsterdam, 2. November. Telegraaf meldet, daß in Wapping bei London in der vergangenen Nacht ein ungeheurer Brand in einer Gummifabrik entstand. Dabei ereignete sich eine Explosion, durch die drei Feuerwehrleute getötet und sechs verletzt wurden. Auch einige Polizisten und Zivilisten wurden verwundet.

Ein zweites Spa

London, 2. November. Der Meinungsaustausch zwischen Paris und London läßt, wie Reuter erfährt, es als sicher erscheinen, daß die Sachverständigen des Wiedergutmachungsausschusses und die deutschen Sachverständigen demnächst eine Zusammenkunft haben werden, die wahrscheinlich in Brüssel stattfinden dürfte. Nach Abfassung eines Berichtes durch diese Sachverständigen werde wahrscheinlich eine weitere Zusammenkunft in Art der Konferenz von Spa vermutlich in Genf stattfinden.

Französische Sozialisten gegen die 3. Internationale

Paris, 2. November. Die Sozialisten des Departements Puy de Dôme haben sich gestern gegen den Anschluß an die 3. Internationale ausgesprochen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201102/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG